

wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Dann wird die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt.

Ausfuhrverbot für Bayern. Mit Rücksicht darauf, daß insbesondere in den bayerischen Grenzbezirken Geschäfte von Ausländern förmlich ausgeführt werden, hat die bayerische Regierung ein allgemeines Ausfuhrverbot für Haushaltgegenstände, Kücheneinrichtungen, Glas, Porzellan und Steingutwaren, Nähmaschinen, Möbel und ähnliches erlassen.

Das Betriebsrätegesetz. Wenn auch bisher noch keine vollständige Einigung in der Frage erzielt ist, so glaubt man in parlamentarischen Kreisen doch nicht mehr an den Ausbruch einer Regierungskrise. Die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien dauern an. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Demokraten noch Zugeständnisse machen, wenn die Sozialdemokraten ihnen einigermaßen entgegenkommen.

Der Schlußtag des Demokratischen Parteitages in Leipzig brachte eine längere Auseinandersetzung über das Kulturprogramm der Partei, wobei besonders Schul- und Kirchenfragen besprochen wurden. Schließlich gelangte das in den ersten Sitzungen entwickelte Programm zur Annahme, ebenso eine Vertrauenskundgebung für die demokratische Fraktion der Nationalversammlung. Damit war das Ende des Parteitages gekommen.

Die Gemeinderatswahlen am Niederrhein ergaben durchweg eine Verminderung der Zentrumsmandate. An Stelle der nichtwiederergewählten Zentrumsvertreter treten Kandidaten vereinigter bürgerlicher und sozialdemokratischer Listen, von Mittelstandsgruppen und sonstigen Interessengruppen. In einigen Stellen wurde die bisherige Zentrumsmehrheit in eine Minderheit verwandelt, so in M. Gladbach-Land, Herzogenrath und Schweiler, an anderen wurde das Zentrum stark zurückgedrängt, so in Stolberg, Biersen, Drenkhausen, Gelsen.

Deutsch-Osterreich.

Osterreich unter Kontrolle der Entente? Englische und holländische Blätter beschäftigen sich mit aus Paris kommenden Gerüchten, nach denen die französische Regierung sich auf den Standpunkt stelle, daß die Alliierten Osterreich unter eine Art interalliierte Kontrolle stellen und die Ausführung des Friedensabkommens sowie die Unternehmungen für Osterreich als eine gemeinschaftliche Aufgabe aller Alliierten betrachten müssen. Andere Regierungen sind jedoch nicht dieser Ansicht und verlangen ein getrenntes Vorgehen der Staaten.

Frankreich.

Die wirtschaftliche Krise. Der bekannte französische Nationalökonom Charles Gide ist von der „Humanité“ befragt worden mit welchen Mitteln die gegenwärtige Wirtschaftskrise Frankreichs bekämpft werden könne, insbesondere die Entwertung des französischen Geldes. Gide antwortete, die Gesundung der französischen Wirtschaft sei nur dadurch möglich, daß ein Teil des Geldes wieder in Umlauf gesetzt werde und zugleich die Handelsbeziehungen mit Deutschland und mit Ausland wieder hergestellt werden.

Holland.

Drohender Eisenbahnerstreik. Der Ausschuß der Führer des holländischen Eisenbahnerpersonals hielt eine lange Beratung über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der holländischen Eisenbahner ab. Mit Einstimmigkeit wurde beschlossen, den Streik zu proklamieren, wenn die Direktion und die Regierung die gewünschten Schritte nicht unternehmen.

Großbritannien.

Amerikanische Aktion für Irland. Im Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses wird gegenwärtig ein Antrag beraten, einen Gesandten bei der „irischen Republik“ zu ernennen. Man begründet ihn mit dem Selbstbestimmungsrecht Irlands, das auch die Freiheit der Meere sichern würde. Diese Aktion soll die bereits angekündigte Gewährung der Selbstregierung an Irland beschleunigen und bis zur Selbständigkeit erweitern. Einige Politiker fordern die Ernennung selbst auf die Gefahr eines Krieges mit England hin. Bei neuen Angriffen auf Polizeistationen in Irland wurden vier Polizisten getötet. Im englischen Unterhaus soll die Homeruledvorlage noch in dieser Woche eingebracht werden.

Italien.

Das Finme-Abenteuer. Zwischen dem Grafen Storza, Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, und dem Kommandanten Nizzo und Major Giurati, den Vertretern d'Annunzio, ist ein Abkommen geschlossen worden, nach welchem d'Annunzio in Übereinstimmung mit dem Nationalrat von Finme das Kommando dem Admiral Caniglia übergeben und dieser zum Gouverneur der Stadt ernannt werden wird. Diese Nachricht dürfte die beginnende Liquidation des d'Annunzio-Abenteuers bedeuten.

Rußland.

Die Amerikaner verlassen Sibirien. Wie aus Tokio berichtet wird, verläßt Oberst Stevens mit der gesamten amerikanischen Eisenbahnabteilung Sibirien, und zwar wegen des dort herrschenden Chaos. Wie es heißt, ziehen die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung in Sibirien zurück, weil sie die Entwicklung der Dinge abwarten wollen. Es scheint, daß die Unterhandlungen mit Japan und anderen Mächten über die Frage fortgesetzt werden, wie die künftige Politik in Sibirien sich gestalten soll.

Amerika.

Demoralisation in der amerikanischen Armee wird von verschiedenen Stellen gemeldet. Offiziere und Mannschaften seien bei der anhaltenden Teuerung mit ihrem Sold nicht zufrieden. Die amerikanischen Blätter teilen mit, daß Tausende von Deserktionen vorgekommen seien. Ferner werde über die schlechte Behandlung der Mannschaften durch einen Teil der Offiziere geklagt. Diese Zustände hätten auch für die mexikanische Krise Bedeutung. Obgleich 60 000 Mann an der Grenze ständen, wäre für eine ernste Unternehmung gegen Mexiko erst im Juni die volle Bereitschaft vorhanden.

Aus In- und Ausland.

München. Das Mandat des unabhängigen Abgeordneten Simon zur Nationalversammlung, dessen Wahl für ungültig erklärt wurde, fällt an die Mehrheitssozialistin Helene Grünberg.

Wien. Nachrichten aus Bekarabien besagen, daß die ukrainische Regierung vor den vordringenden Truppen Denikins über den Dniepr geflüchtet ist.

London. Die britische Regierung erklärt amtlich, einem etwaigen Wunsch der baltischen und anderer Randstaaten, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen.

Die Oberösterreicher verlangen Anschluss an Deutschland.

Linz. In der Sitzung der Parteileitung der deutschen Freiheits- und Ordnungspartei für Oberösterreich wurde eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: Wir Deutschen Oesterreichs fordern im Namen der Demokratie, im Namen der Gerechtigkeit und unter Anrufung der verpöndeten Ehre des freien amerikanischen Volkes eine Aenderung des Friedensvertrages, die uns unser Selbstbestimmungsrecht und die Befreiung von unerträglichen Lasten bringt. Wir Deutschen Oesterreichs erklären, in Ausübung unseres Selbstbestimmungsrechts den festen Willen, uns mit dem deutschen Volke zu einem demokratischen Staate zu vereinigen, und dieser Wille kann durch Gewalt und Zwang so wenig gebrochen werden, wie Recht und Gerechtigkeit durch Macht vernichtet werden können.



Nah und Fern.

Hamburgs Kohlennot. In Hamburg hat die immer größer werdende Kohlennot die Kohlenwirtschaftsstelle zu neuen einschneidenden Maßnahmen veranlaßt. Die Theater und öffentlichen Betriebe aller Art sollen von 9 1/2 Uhr abends ab kein elektrisches Licht mehr erhalten. Die Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftsstelle schließt mit der Mitteilung, daß man sich auf noch weit schwierigeren Verhältnisse gefaßt machen müsse.

Etern- und Schwefelermord. Der dreifache Mord in Granje in der Mark hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht, den Abdeckereibesitzer Koller, seine Frau und seine Tochter ermordet zu haben, war der 17-jährige Sohn und Bruder der Ermordeten, Erich Koller, verhaftet worden. Nachdem er sich anfänglich auf Leugnen gelegt und andere Personen der Täterschaft bezichtigt hatte, hat er sich nun unter dem Druck des gegen ihn vorgebrachten Beweismaterials zu einem Geständnis bewegen lassen. Der Grund zu der Tat ist in ständigen Mißbilligkeiten zwischen den einzelnen Mitgliedern der Familie Koller und in dem Geldbedürfnis des jugendlichen Mörders zu suchen. Die „Frau“ des Koller, ihr Bruder und ihre Mutter wurden unter dem dringenden Verdacht der Beihilfe verhaftet.

Einreise nach Litauen. Immer häufiger treffen Reisende, besonders Kaufleute, mit Pässen in Eydtkuhnen ein, ohne die litauische Einreisegenehmigung zu haben. Zwecklos wird von diesen an die Grenzpolizei das Verlangen um Ausstellung eines Scheines gestellt. Es wird darauf hingewiesen, daß jeder Reisende vor der Abreise die Genehmigung des litauischen Gesandten in Berlin oder des litauischen Ministeriums des Außern in Rowno einholen muß.

Ein graufiges Familiendrama spielte sich in Bayreuth ab. Der Zolloberkontrolleur Dechsner, der seit längerer Zeit an religiösen Wahnvorstellungen leidet, holte die Frau aus der Kirche war, sein Gewehr und schoß auf seine noch im Bett liegende 11-jährige Tochter. Als das schwerverwundete Mädchen aus dem Bett sprang, holte der Vater aus der Küche ein Beil und hieb damit auf sein Kind ein, bis es tot war. Um 8 Uhr kam die Mutter aus der Kirche. Dechsner legte sofort mit dem Gewehr auf seine Frau an und schoß sie nieder, worauf er sie ebenfalls mit Beilhieben tötete. Nach dieser Tat begab sich Dechsner in die Kirche, suchte den Pfarrer auf und erzählte ihm, daß er seinen Frau und Kind umgebracht habe. Dechsner wurde festgenommen und einer Irrenanstalt zugeführt.

Zeitungen nicht mehr ins Haus. Die Herausgeber der Wiener Zeitungen beschlossen, von Neujahr ab die Zeitungen nicht mehr den Abonnenten ins Haus zu stellen zu lassen. Von demselben Zeitpunkt ab treten bedeutende Erhöhungen des Abonnements und Einzelverkaufs ein.

Neue Briefmarken für 30 Pfennige. Infolge der Neuregelung der Postgebühren werden die 25 Pf.-Marken entbehrlich. Deshalb hat sich die Postverwaltung entschlossen, auch die 25 Pf.-Marken, die zur Erinnerung an die Nationalversammlung ausgegeben werden, in eine 30 Pf.-Marke umzuändern. Diese wird dasselbe Bild wie die 25 Pf.-Marken zeigen, jedoch eine andere Farbtonung erhalten.

Der Wettbewerb für die Entwürfe der neuen deutschen Briefmarken. Zur Erlangung guter Entwürfe für neue deutsche Briefmarken veranstaltet das Reichspostministerium einen allgemeinen öffentlichen und einen beschränkten Wettbewerb. Die Bedingungen für den allgemeinen Wettbewerb, der mit Preisen im Gesamtbetrag von etwa 14 000 Mark ausgestattet ist, können beim Reichspostmuseum, Berlin W 66, Leipziger Straße 15, schriftlich bestellt oder persönlich entnommen werden. Die Entwürfe müssen spätestens am 2. Februar 1920 beim Reichspostministerium vorliegen.

Wettfahrten nur noch gegen Fahrkarten 1. Klasse. Trotz der Bestimmung des Nachweises der Dringlichkeit für die Erlangung von Wettfahrten bei der Eisenbahn ist die Nachfrage nach den Plätzen in den Schlafwagen außerordentlich groß. Daher wird von jetzt ab die Lösung der Wettfahrten zu den Schlafwagen im allgemeinen von Fahrkarten 1. Klasse zu dem Zuge, in dem der Schlafwagen gefahren wird, abhängig gemacht.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 18. Dezember.

Sonnenaufgang 8⁰⁹ | Mondaufgang 4⁰⁰
Sonnennuntergang 8¹⁴ | Monduntergang 1¹²
1808 Johann Gottfried Herder gest. — 1844 Nationalökonom Lujo Brentano geb. — 1914 Zusammenkunft der drei nordischen Könige in Raimö zur Sicherung der Neutralität.

Wettervorhersage.

Südostwind, meist heiter und trocken, etwas wärmer.

— In der am Montag abend im „Lindenhof“ abgehaltenen Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Nationalen Volkspartei, die mit begründenden Worten durch den Vorsitzenden Direktor Hellwig eröffnet wurde, sprach Sanitätsrat Dr. med. Seeliger-Stadt Wehlen über das Thema: „Der Umsturz und der deutschen nationale Gedanke“. In seinem durchgeleiteten, wissenschaftlichen und zugleich volkstümlichen Vortrage führte er u. a. folgendes aus: In dieser dunklen Zeit, wo der Sonnenball die Tierkreisbahn durchrollt und bald seinen tiefsten Punkt erreicht hat, da sinkt wie in der Natur so auch im Menschenherzen die Hoffnung. Dann ist es notwendig, den Mitmenschen aufzurichten, ihn zu ermahnen, denn wie auch die Sonne wieder neues Leben in die Natur bringe, so werde auch Deutschland neu aufleben. Mit begeisterten Worten bewies Redner, daß die deutsche Kultur, die nordische Kultur, den ganzen Erdball überspannt habe. Erste Forscher und Sanitätsratüberleger haben selbst im fernen Indien usw. die Spuren der nordischen Kultur festgestellt. Die erbauenden Worte des Vortragenden, der davon überzeugt ist, daß nach dem Tiefstand, den unser Vaterland gegenwärtig erlebt, ein Aufstieg kommen wird, der uns wieder monarchischen Glanz und die Kolonien, Ordnung und Zufriedenheit bringen wird, fanden freudigen Widerhall bei den Anwesenden. Mit scharfen Worten griff Redner die verjudete Regierung im Lande und im Reich an und meinte, daß es jetzt bereits auch bei vielen Arbeitern dämmere, daß sie durch die Gefolgschaft, die sie der Sozialdemokratie leisten, sich selbst zum Schaden seien. Redner ist davon überzeugt, daß Gott unmöglich seine Kinder, das deutsche Volk, daß in kultureller Beziehung über alle anderen emporragte, verlassen werde. Er werde uns helfen. Wichtig sei, daß die Fürsten uns viel Geld gekostet hätten, aber die Revolution habe noch viel größere Summen verschlungen. Die jetzigen Machthaber und viele Volksgenossen hatten ganz vergessen, welche Werte die Fürstentümer geschaffen, die Erkenntnis jedoch werde kommen. Der nationale Gedanke muß wieder fest in uns Wurzel fassen. Dafür sollen alle sorgen. Mit gerader heiligem Feuer setzte sich der Vortragende als Verfechter dieses Ideenganges, als ein Mann, der alles Undeutsche haßt und aus unserem Vaterlande verbannt wünscht. (Leider ist es naturgemäß unmöglich, all die fertigen, von Herzen kommenden, zu Herzen gehenden Worte hier wiederzugeben, aber Bedauern muß darüber ausgedrückt werden, daß viel zu wenig Zuhörer anwesend waren, um dieser Werberede folgen zu können!) Mit dem Lutherischen Trugbild und einem „Das walle Gott!“ schloß Sanitätsrat Dr. Seeliger seinen Vortrag. Dr. Hellwig dankte im Namen der Versammlung herzlich für das Gehörte. Ebenfalls dankte der Pfarrer Hesselbarth an den Redner. Zum Schluß gab der Vorsitzende der Ortsgruppe bekannt, daß in Zukunft keine besonderen Einladungen zu den Versammlungen verschickt würden, sondern solche lediglich durch die Sächsischen Zeitung veröffentlicht werden. Die Vorstandsmitglieder ersuchte er, stets eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlungen zu erscheinen. Schließlich forderte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Karl Müller die Anwesenden auf, nur die zur deutsche Presse zu lesen und empfahl den Ankauf eines Fichteländers, der ihm von der Fichte-Gesellschaft (Berlin) zugegangen war.

— Ein D-Zug aus Wien, der von einer großen Schar Wiener Kinder besetzt war, die zu längerem Verpflegungs- und Erholungsaufenthalt nach Schweden gebracht werden, fuhr gestern auf unserer Strecke seinem Ziele zu.

— Der Telegrammverkehr mit Osterreich und der Tschechoslowakei. Von jetzt ab beträgt im Telegrammverkehr mit Osterreich und der Tschechoslowakei die Wortgebühr für gewöhnliche Telegramme 20 Pf.

— Die bayerische Gesandtschaft in Dresden ist von der bayerischen Regierung mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an aufgehoben worden. Die bayerischen Staatsangehörigen, die in Sachsen leben, werden sich in Zukunft in besonderen Angelegenheiten, die sie mit den Behörden der engeren Heimat zu regeln haben, unmittelbar an die zuständigen Behörden in der Heimat wenden müssen.

— Sächsischer Industrie- und Bergarbeitertag. Der dem Nationalverband deutscher Gewerkschaften angeschlossene Deutsche Arbeiterbund hatte für Sonntag einen sächsischen Industrie- und Bergarbeitertag nach dem „Börjenseller“ in Leipzig einberufen, der von etwa 60 Vertretern besucht war. Zu der Tagung waren auch Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Leipziger Handelskammer, der Gewerbekammer und des Bürgerausschusses erschienen. In einem längeren Referat behandelte Hr. Geisler-Frankfurt a. M. die Industriearbeiterorganisation des Deutschen Arbeiterbundes und ihr Programm. Hieran schloß sich ein Vortrag des Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterbundes Hr. Gehl-Essen über: „War die bisherige deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Segen für die deutsche Arbeiterschaft?“

Reinhardtshof. Bei der am 7. und 14. Dezember in der Parochie Reinhardtshof abgehaltenen Kirchenvorstandswahlen wurden 68 Stimmgeld abgegeben. Es wurden die Herren Kirchschullehrer Haberecht in Reinhardtshof, Gemeindevorstand Hering in Schöna und Zimmerer Hering in Krippen wieder- und Frau Fortmeyer Püchel in Reinhardtshof und Herr Gutsbesitzer Kurt Schinke in Kleingießhübel neu gewählt.

Hohnstein. In der letzten Sitzung des Stadtgemeinderates nahm man zunächst Kenntnis von der Erhöhung des Gaspreises ab 1. Dezember, von einer Zuschrift des Ministeriums in Sachen der Ausschmückung des neuen Rathauses mit Künstlerbildern und einer Mitteilung des Landeswohnungsamtes, wonach der Stadt zum Umbau des Brauhauses als Wohngebäude zur Berücksichtigung bei Verteilung von Baubehilfen unter Klasse I vorgeschlagen sei. Die Freistelle der Stadt an der Fürstenschule zu Meissen wird an den Sohn des Tierarzt Seiffert vergeben, für den Fall, daß er die Aufnahmeprüfung bestehen sollte. Weiter beschließt man, die Klöcher an der oberen Remmt zur Versteigerung zu bringen. Da die Lage für den Holzschlag an der unteren Remmt zu hoch erscheint, soll eine neue Aufmessung erfolgen und der Holzschlag dann Interessenten zum Kauf angeboten werden. Auf Antrag des Sparkassenausschusses beschließt man rückwirkend vom 1. Januar 1919 Geschenksparbücher an Neugeborene im Standesamtsbezirke Hohnstein mit 5 Mark Spareinlage auszugeben. Grundsätzlich erklärt man sich mit dem Ankauf von Böhmischen Scheune am Friebschhofe einverstanden. Wegen des schlechten baulichen Zustandes des Mehrerischen Grundstückes will man sich an